

Herrn
Martin Habersaat
Vorsitzender des Bildungsausschusses
Schleswig-Holsteinischer Landtag
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/1965

Prof. Dr. Bernd Simon
simon@psychologie.uni-kiel.de
0431-880-2976

Dr. Julian Paffrath
paffrath@psychologie.uni-kiel.de
0431-880-3905

**Sozialpsychologie &
Politische Psychologie**
www.sozial.psychologie.uni-kiel.de

Kieler Forschungsstelle Toleranz
www.kft.uni-kiel.de

Hausanschrift:
Otto-Hahn-Platz 1, 24118 Kiel
Post- und Paketanschrift:
Olshausenstraße 40, 24098 Kiel

Datum
6. September 2023

Politische und wirtschaftliche Bildung in den Schulen stärken

(Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 20/830)

Stärkung der politischen und ökonomischen Bildung fortsetzen

(Alternativantrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 20/978)

hier: **Unsere Stellungnahme**

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne nehmen wir zu den oben genannten Anträgen wie folgt Stellung:

Beide Anträge teilen das Anliegen, die politische und ökonomische Bildung in den Schulen Schleswig-Holsteins weiter zu stärken, möglichst bereits ab Klassenstufe 5 bzw. in der Sekundarstufe 1. **Dieses übergeordnete Anliegen ist aus unserer Sicht uneingeschränkt zu unterstützen.**

Gleichzeitig setzen die Anträge unterschiedliche Akzente und schlagen unterschiedliche Wege vor. So sieht der Antrag der Fraktion der FDP vor, dass „zur Vorbereitung auf Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen jeweils geeignete Veranstaltungen mit Kandidatinnen und Kandidaten bzw. Vertreterinnen und Vertretern der aussichtsreich zur Wahl antretenden Parteien stattfinden“. Der Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen sieht hingegen vor, die Demokratiebildung an Schulen auf dem Wege der „Einführung von Klassenräten“ weiter zu stärken und möglichst bereits „mit kindgerechten Formaten der Demokratiebildung in Kitas und Schulen unsere Jüngsten an unser demokratisches Gemeinwohl“ heranzuführen.

Eine Stärke des Vorschlags der Fraktion der FDP sehen wir darin, dass durch den direkten Einbezug von aktiven Politikerinnen und Politikern das Interesse und die Motivation der Schülerinnen und Schüler, sich mit politischen Themen auseinanderzusetzen, mobilisiert werden kann. Gleichzeitig sehen wir

jedoch die Gefahr, dass insbesondere dann, wenn solche Veranstaltungen in der „heißen Phase“ von Wahlkämpfen stattfinden, konflikträchtige Polarisierung und Polarisierung in die Schulen hineingetragen werden. Unter solchen kontextuellen Bedingungen steigt nämlich die Wahrscheinlichkeit, dass legitime politische Meinungskonkurrenz in ein Gewinner-Verlierer-Denken (oder sogar noch fundamentaleres Freund-Feind-Denken) umschlägt, das den gemeinsamen demokratischen Grundkonsens einer Zerreißprobe aussetzt. Die im Alternativantrag vorgeschlagenen Klassenräte bieten unseres Erachtens den Schülerinnen und Schülern ein geeigneteres, weil weniger „überhitztes“ Medium zur gemeinsamen Einübung politischer Argumentation und Deliberation.

Wir erlauben uns zusammenfassend drei (antrags-)übergreifende Empfehlungen auszusprechen unter dem Motto: **Schule als Ort des Lernens und Einübens gemeinschaftlicher Deliberation.**

- Die Einladung von Kandidatinnen und Kandidaten bzw. Vertreterinnen und Vertretern politischer Parteien oder auch anderen Praktikerinnen und Praktikern der Politik empfiehlt sich zur Steigerung des **Interesses** von Schülerinnen und Schülern an politischen und wirtschaftlichen Themen sowie zur Steigerung ihrer **Motivation**, sich vertiefend mit diesen Themen und unterschiedlichen Sichtweisen auseinanderzusetzen. Entsprechende Veranstaltungen sollten allerdings außerhalb der „heißen Phase“ von Wahlkämpfen stattfinden.
- Um konflikträchtige Polarisierung und ein damit verbundenes Gewinner-Verlierer-Denken oder gar Freund-Feind-Denken von Schulen fernzuhalten, sollte nicht die Polarisierung der Schülerinnen und Schüler das Ziel sein, sondern das Erlernen und Einüben von Argumentation und insbesondere von **gemeinschaftlicher Deliberation**.
- Argumentation und Deliberation sind nicht auf die Bereiche des Politischen und Wirtschaftlichen beschränkt. Doch eignen sich diese Bereiche aufgrund ihres motivierenden Praxisbezugs sehr gut als exemplarische Übungsfelder zum Erlernen von Argumentation und Deliberation in der Schule. Während Argumentation die **Beeinflussung anderer**, insbesondere der noch Unentschiedenen, zum Ziel hat, rücken bei der Deliberation **eigene kognitive Reflexionsprozesse** ins Zentrum, wie etwa die Identifikation relevanter Problemaspekte und kritisches sowie selbstkritisches Nachdenken über deren Gewichtung und Zusammenhänge mit dem Ziel einer fundierten Urteilsbildung. Die **gemeinschaftliche Deliberation** fördert darüber hinaus die sozial geteilte Anerkennung „guter Gründe“ als **verbindenden und verbindlichen Grundkonsens**. Die gemeinschaftliche Deliberation in der Schule liefert damit die kognitive Grundlage, das soziale Medium und den normativen Rahmen für die Stärkung individueller politischer und wirtschaftlicher Bildung, ohne sozialer Polarisierung Vorschub zu leisten.

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme und hoffen, dass unsere Stellungnahme eine Hilfe bei den weiteren Beratungen über o.g. Anträge sein kann.

Freundliche Grüße

gez. Prof. Dr. Bernd Simon & Dr. Julian Paffrath